

# Der Markt, Hayek und die Folgen

von Bernd Zöllner, Kiel

## Zusammenfassung

Semantische Kriege werden in der Gesellschaft geführt, wenn es gilt, die Deutungshoheit über Begriffe zu erringen oder zu erhalten. So streben die etablierten Parteien verbal in die *Mitte der Gesellschaft* und möchten diesen Ort, die *Mitte der Gesellschaft*, im Bewusstsein der Öffentlichkeit mit ihrem Namen verknüpft wissen. Die Deutungshoheit über das, was man unter *Neoliberalismus* verstehen könnte, ist ebenfalls umstritten, es geht in dieser Auseinandersetzung weniger laut und weniger spektakulär zu.

Die Tz. 1 dieser Arbeit beleuchtet die paradoxe Situation, dass sich im Internet überwiegend kritische Schriften zum Neoliberalismus finden, während andererseits diese *Denkrichtung* in der Wissenschaft, Politik und Publizistik ihre Vorrangstellung als Leitparadigma verteidigen konnte, auch nach der Finanzkrise.

In Tz. 2 wird dann der Versuch unternommen, den Begriff *Neoliberalismus* auf empirischer Basis zu entwickeln. Dies geschieht über eine historische Darstellung, die Mitte der 70er Jahre einsetzt und die verschiedenen Erscheinungsformen in ausgewählten Staaten thematisiert und daraus den Begriff entwickelt.

Der hier vorliegende erste Teil der Arbeit leitet eine etwas umfangreichere ideologiekritische Studie ein, wie auch der Arbeitstitel anzeigt. Teil 1 kann auch als eigenständige Schrift gelesen werden.

## Inhaltsverzeichnis

<b>I Was ist Neoliberalismus?</b>	<b>2</b>
1 Der Kampf um die Deutungshoheit . . . . .	2
1.1 Semantische Kriege . . . . .	2
1.2 Neoliberalismus als Soziale Marktwirtschaft . . . . .	3
1.3 Der Sozialismus ist tot, Leviathan aber lebt weiter . . . . .	4
1.4 Semantische Spielereien und Zaubertricks . . . . .	5
1.5 Methodische Schlussfolgerungen und Ziel dieser Arbeit . . . . .	6
2 Neoliberale Politik in ausgewählten Staaten . . . . .	6
2.1 Fette und magere Jahre: Periodisierungen in der Wirtschaftsgeschichte . . . . .	6
2.2 Über Harveys Kleine Geschichte des Neoliberalismus . . . . .	7
2.3 USA: New York, der Volcker-Schock 1979 und Reaganomics . . . . .	8
2.4 Großbritannien: Thatcherismus . . . . .	9
2.5 Reaganomics und Thatcherismus im Vergleich . . . . .	9
2.6 Ein Blick auf weitere Staaten und den IWF . . . . .	10
2.6.1 Chile . . . . .	10
2.6.2 Variationsbreite im Staatenvergleich . . . . .	11
2.6.3 Schweden . . . . .	11
2.6.4 Ein Blick auf die Rolle des IWF . . . . .	11
2.7 Der vorläufige Abschluss einer Entwicklung: Washington Konsens und Neoliberalismus . . . . .	13
2.8 Zwischenergebnis . . . . .	15

# Teil I. Was ist Neoliberalismus?

## 1 Der Kampf um die Deutungshoheit

### 1.1 Semantische Kriege

Die ältere Leserschaft in Deutschland wird sich vielleicht noch an den semantischen Krieg erinnern, der um politische Schlüsselwörter Anfang der 70er Jahre in Deutschland ausgefochten wurde. Kurt Biedenkopf, ab 1973 Generalsekretär der CDU, führte aus: "Die politische Auseinandersetzung wird zur Zeit wesentlich von dem Kampf um die politischen Begriffe bestimmt".<sup>1</sup> Freiheit statt Sozialismus, diese Parole von 1976 erregte die politische Öffentlichkeit und führte zu heftigen Diskussionen, ob es sich hierbei nicht um unfaire Manipulationen mit Hilfe sprachlicher Mittel handele. In wissenschaftlichen Beiträgen wurde über die Schlagkraft der Sprache im politischen Kampf reflektiert.<sup>2</sup> Und seit etwa 20 Jahren führen die etablierten Parteien einen zähen Kampf um die politische Mitte und versuchen diese angenommene Mitte zu verorten und für sich zu reklamieren.<sup>3</sup> Es lassen sich ohne Mühe eine Anzahl ähnlicher Artikel finden. Die SPD habe den Platz in der politischen Mitte freiwillig geräumt, sagte die Kanzlerin auf der selben Veranstaltung. Schon 1999 aber hatte Gerhard Schröder für die SPD die „Neue Mitte“ reklamiert, und zwar in dem interessanten Schröder-Blair-Papier, auf das an späterer Stelle noch eingegangen werden soll. Wahlen werden in der Mitte gewonnen, das ist die Überzeugung der Wahlkampfstrategen von CDU, SPD, FDP und neuerdings vielleicht auch der Grünen, und deshalb muss dieser Ort im Irgendwo semantisch erobert, besetzt und verteidigt werden.<sup>4</sup> Weniger spektakulär, aber nicht minder verbissen ist der Kampf um die Deutungshoheit für die Begriffe Neoliberalismus und Globalisierung.<sup>5</sup> Hier verläuft die Kampfeslinie in erster Linie zwischen Befürwortern und Gegnern; aber nur unwesentlich zwischen den etablierten Parteien. Die Befürworter und Anhänger des Neoliberalismus sitzen in den Medien, auf den Lehrstühlen der Institute, haben einflussreiche Stiftungen gegründet und tingeln seit Jahren durch die Polittalks, um ihre marktradikalen Thesen unters Volk zu bringen. Die Politiker der Parteien (mit Ausnahme der Linken) folgen dem Mainstream mehrheitlich brav und unreflektiert. Vergleichsweise schwach erscheint die Seite der Globalisierungskritiker und Anti-Neoliberalen, was die Möglichkeiten des Einflusses und ihrer gesellschaftlichen Stärke betrifft. Es sind Organisationen wie Attac oder Greenpeace, Publikationen wie Der Freitag oder die TAZ oder eine Reihe hervorragender Internetseiten wie etwa die Nachdenkseiten. Trotzdem ist es diesen gesellschaftlich Schwächeren gelungen, die Begriffe Neoliberalismus und Globalisierung mit einer Reihe negativer Konnotationen zu verknüpfen, um es linguistisch zu formulieren<sup>6</sup> und mit dieser Sichtweise weit ins bürgerliche Lager vorzudringen. Dies ist um so erstaunlicher, als die medienpolitische Deutungshoheit in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen seit mehr als einem Jahrzehnt den Marktradikalen und ihren Gefolgsleuten in Parteien, Medien und Lobbygruppen gehört. Eine Erklärung mag - bei aller Vorsicht - darin liegen, dass die Verhältnisse im Internet anders sind, was man leicht überprü-

<sup>1</sup> Fetscher:1976 S. 72 3 4 5

<sup>2</sup> Der oben genannte Sammelband von Fetscher enthält eine Reihe entsprechender Aufsätze und sei aus der Vielzahl von Veröffentlichungen herausgegriffen.

<sup>3</sup> So Merkel auf dem CDU-Parteitag 2007: „Hier ist die Mitte. Hier in der Mitte sind wir - und nur wir.“ Bericht des Hamburger Abendblattes vom 3.12.2007. Dazu der Artikel online <http://www.abendblatt.de/nachrichten/nachrichten-des-tages/article891946/Merkel-Die-Mitte-sind-wir.html> .

<sup>4</sup> Ein interessanter Essay über die genaueren Hintergründe findet sich bei Kurt Lenk in seinem Essay Die Mitte. Zwischen Mythos und Leerformel; zu finden unter: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/essayunddiskurs/922189/>

<sup>5</sup> Der Begriff des Neoliberalismus soll im Rahmen dieser Untersuchung schrittweise entwickelt werden. Solange wird eine vorläufige Definition gewählt: „Unterstützt von ersten Liberalisierungstendenzen auf den Geldmärkten, die für die nationalen Regierungen in den 70er-Jahren zu einer wichtigen Finanzierungsquelle wurden, und angetrieben von den konservativen Regierungen in den USA und Großbritannien, konnte sich das neoliberale Weltbild bis zum Beginn der 80er-Jahre in allen Industrieländern durchsetzen. Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung sind die wichtigsten Schlagwörter.“ So weed:o.J.

<sup>6</sup> Für die linguistisch nicht so Interessierten: Begriffe haben Denotate, also vereinbarte, in einem Wörterbuch nachschlagbare Bedeutungen. Konnotationen sind Werthaltungen, also Einstellungen, die sich bei der Verwendung eines Begriffs als Automatismen ergeben.

fen kann. Neoliberalismus in eine Suchmaschine eingegeben, das ergibt eine Mehrzahl kritischer Beiträge, vielfach auch von Leuten, die fachkundig, aber in der Öffentlichkeit weniger bekannt sind. NachDenkseiten - diese wichtige und kritische Webseite hat den Begriff der Gegenöffentlichkeit geprägt, und diese Gegenöffentlichkeit hat mit dem Internet ihr wesentliches Forum. Dem Mainstream, und damit bezeichnet Nachdenkseiten die Menge der etablierten Meinungsmacher in Medien, Wissenschaft und Parteien, sind diese Sachverhalte natürlich bekannt, was zu einer Gegenoffensive mit dem Ziel der (Rück)-Eroberung der Deutungshoheit führt. Diese Strategien sollen an zwei Beispielen im Folgenden untersucht werden.

## 1.2 Neoliberalismus als Soziale Marktwirtschaft

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) arbeitet seit 2000 intensiv an der öffentlichen Durchsetzung marktwirtschaftlicher Positionen, sie ist arbeitgebernah und wird aus diesem Lager finanziert. Dem Kuratorium gehören eine Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an, aus den Medien, der Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Ihre Aufgabe versteht diese Initiative so:

Zentrales Thema der INSM ist die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Hier finden Sie Grundsätzliches rund um Ludwig Erhards erfolgreiches Wirtschafts- und Sozialsystem. Außerdem informiert Sie dieser Bereich über zentrale Arbeitsfelder der INSM: Arbeit, Bildung, Soziales sowie Steuern & Finanzen.<sup>7</sup>

Die Webseite der Initiative hat auch ein volkswirtschaftliches Lexikon, dort werden die wichtigsten Themen und Begriffe erklärt, entsprechend auch *Neoliberalismus*. In dem Artikel wird einleitend bedauert, dass in der tagespolitischen Diskussion dieser Begriff zur Diskreditierung verwendet wird. Mit einer Rückbesinnung auf die "Wurzeln des Neoliberalismus" möchte man eine semantische Umwertung erreichen. Es wird dann - zutreffend, wenn auch verkürzt - die Entstehungsgeschichte des Begriffes *Neoliberalismus* dargestellt: Dieser entstand im August 1938 auf einer internationalen Konferenz in Paris, dem Colloque Walter Lippmann, auf der auch Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke vertreten waren, beide wichtige Vertreter des Ordoliberalismus der Freiburger Schule und später im Umkreis von Ludwig Erhard bei der Durchsetzung der Marktwirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik tätig. Nach Aussagen von Rüstow und Röpke, so wird in dem Artikel der INSM ausgeführt, sollte mit der Bezeichnung *Neoliberalismus* unmissverständlich eine programmatische Abkehr von dem in die Kritik geratenen Wirtschafts- bzw. Laissezfaire-Liberalismus bekundet werden. Der Verweis auf diese Wirtschaftswissenschaftler, Röpke und Rüstow, unterstreicht dann auch klar die ausgewiesene Strategie der INSM zur Neubewertung des ihrer Ansicht nach in Misskredit gebrachten Begriffes *Neoliberalismus*: Denn Röpke und Rüstow gehörten - wie weiter oben ausgeführt - zu dem Kreis der Nationalökonominnen um Ludwig Erhard, die schon während des 2. Weltkrieges Verfechter einer wirtschaftlichen Neuordnung der Ökonomie waren und - wie auch die anderen Vertreter dieser Schule - dem Nationalsozialismus gegenüber in Distanz oder Gegnerschaft verharrten. Soziale Marktwirtschaft, das bedeutet im bundesrepublikanischen geschichtlichen Selbstverständnis die ökonomische und gesellschaftspolitische Erfolgsgeschichte aus der Nachkriegsmisere in die lichte Zukunft eines anerkannten Staates der westlichen Welt. Die theoretischen und politisch praktischen Begründer der Sozialen Marktwirtschaft als Verfechter des Neoliberalismus; wenn das so ist, dann legt das eine NeuKonnotierung des Begriffes *Neoliberalismus* nahe. Und so lässt man abschließend den erfolgreichen Begründer der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard, den ersten Wirtschaftsminister der BRD, zu Worte kommen, und zwar mit einem fiktiven Zitat: Befragt, was Neoliberalismus heute (!) sei, da hätte dieser Gewährsmann gesagt: „Voraussetzung für jede Marktwirtschaft ist ein freier und fairer Wettbewerb. Der Staat muss Sorge tragen, dass sich jeder Akteur an die Spielregeln hält.“ Der Architekt des deutschen Wirtschaftswunders wird zum Kronzeugen einer begrifflichen Verschmelzung von Neoliberalismus und Sozialer Marktwirtschaft herangezogen. Die marktwirtschaftlichen „Reformen“ im Deutschland der letzten Jahre lassen sich danach als eine

<sup>7</sup> INSM:2010. Die Adresse der WebSite lautet <http://www.insm.de> .

Art „neoliberaler“ Reformpolitik verstehen im Geiste des Vaters des Wirtschaftswunders, so die Botschaft der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.<sup>8</sup>

### 1.3 Der Sozialismus ist tot, Leviathan aber lebt weiter

Der Journalist und Wirtschaftswissenschaftler Ph. Plickert hat in seiner Laudatio zum 70jährigen Geburtstag des Neoliberalismus (2008) in der Frankfurter Allgemeinen die Argumentationslinien ähnlich gesetzt.<sup>9</sup> Auch er behandelt die Geschichte des Neoliberalismus, aber trotz der Kürze wesentlich differenzierter.<sup>10</sup> Die hauptsächlichen Fakten zur Gründungsgeschichte aus dem Artikel der INSM sind zwar bestätigt, aber die Nachkriegsgeschichte des Neoliberalismus und die Österreichische Schule mit Ludwig von Mises und Friedrich A. von Hayek werden in den Vordergrund gerückt.<sup>11</sup> Diese sind es, die nach dem Kriege in der Mont-Pèlerin-Society eine Führungsrolle in den Diskussionen der neoliberalen Intellektuellen einzunehmen begannen. Plickert spricht von der Radikalisierung des neoliberalen Denkens in den frühen sechziger Jahren.<sup>12</sup> Die soziologisch orientierte Richtung von Röpke, Eucken und Rüstow, die die deutsche Wirtschaftspolitik von Erhard maßgeblich bestimmt haben, verlieren gegenüber Hayek und den späteren Monetaristen der Chicagoer Schule an Boden. Der Neoliberalismus näherte sich dann, als Hayek und die Monetaristen die Richtung auf den Mont-Pèlerin-Treffen prägten, den ursprünglichen Ausgangspunkt, dem *laissez-Faire-Liberalismus*, wieder an. Das hat dann auch zur Folge, dass die entscheidenden wirtschaftstheoretischen Konzepte und die daraus resultierende Praxis nicht auf dem europäischen Kontinent realisiert werden. Im Unterschied zum INSM-Artikel hebt Plickert deutlich hervor, dass die Neoliberalen in Theorie und Praxis bis in die 70er Jahre hinein wenig Bedeutung hatten und marginale Beachtung fanden. Der wirtschaftspolitische Mainstream ging in allen westlichen Ländern, wenn auch unterschiedlich akzentuiert, von der Vorstellung aus, dass der Staat im Wirtschaftsleben eine gestaltende Funktion zu übernehmen habe. Sichtbarer Ausdruck dieser Gestaltungsrolle war die neue Weltordnung nach 1945, die auf der Gründung neuer internationaler Organisationen basierte: Vereinte Nationen, die Bretton Woods-Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfond mit einem System, das auf freiem Kapitalverkehr mit festen Wechselkursen beruhte und den Dollar als weltweite Reservewährung bereitstellte.<sup>13</sup> Nach D. Harvey bezeichnet man dieses System einer politisch-ökonomischen Organisation häufig auch als *«embedded liberalism»*.<sup>14</sup> Dieses System regelte die westlichen Volkswirtschaften bis

<sup>8</sup> Und in diesem Zusammenhang ist noch der Absatz des Lexikonartikels [problemlos auf der WebSite der Initiative zu finden] interessant, der auf die Tagung der Mont-Pèlerin-Society 1949 anspielt und die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben betrifft: Walter Eucken, auch ein wichtiger Mitarbeiter Ludwig Erhards, soll 1949 im Disput mit Ludwig von Mises, sich dafür ausgesprochen, dass Märkte bewusst einer durch die Politik gestalteten Rahmenordnung bedürften. Die INSM schließt sich mit diesem Verweis den Befürwortern um Eucken an und rückt damit von Hayek ab.

<sup>9</sup> Plickert:2008. Die Überschrift ist ein Zitat Buchanans, s. letzter Absatz im Text von Plickert.

<sup>10</sup> Plickert schreibt für die ebenfalls einflussreiche, in Wirtschafts- und Finanzfragen zumeist neoliberal ausgerichtete FAZ und erweist sich mit einem Buch über die Mont-Pèlerin-Society (Titel: Wandlungen des Neoliberalismus) als Sachkenner der Geschichte des Neoliberalismus. Die Neue Zürcher Zeitung bezeichnet ihn in einer Rezension vom 28.11.2008 als „neoliberal“ geschulten Ökonomen mit historischem Einfühlungsvermögen.

<sup>11</sup> Zur weiteren Information: Der recht informative Artikel aus Wikipedia sieht insgesamt 4 verschiedenen Schulen des Neoliberalismus: (1) Freiburger Schule mit Eucken, Böhm u.a. Hierzu gehören auch Röpke, Rüstow und Müller-Armack, auf den der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft zurückgeht. Dies ist der Thinktank des späteren Ministers L. Erhard. (2) Österreichische Schule mit Ludwig v. Mises und Friedrich A. von Hayek. (3) London School of Economics mit E. Cannan. (4) Chicagoer Schule mit F. Knight und Milton Friedman.

<sup>12</sup> Der INSM-Artikel erwähnt auch den Streit zwischen Ordoliberalen und Freibürgern um die Freiheit der Märkte und weitere Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Schulen.

<sup>13</sup> Dieses System wird stark von dem englischen Ökonomen J. M. Keynes, dem damals dominierenden Gegenspieler zum neoliberalen Hayek, geprägt. Er hatte übrigens nicht für den Dollar als Reservewährung plädiert, konnte sich aber in Bretton Woods (Konferenz von 1. bis 22.6 1944) in dieser Fragen nicht durchsetzen.

<sup>14</sup> Harvey:2007. Wenn in der deutschen Übersetzung *embedded liberalism* als «Pendant zur Sozialen Marktwirtschaft» bezeichnet wird, dann ist dies ein Zusatz in Klammern, der sich nicht in der amerikanischen Originalausgabe von 2005 findet. Ein nicht kenntlich gemachter Zusatz der deutschen Übersetzung? Überdies ist der Zusatz sachlich problematisch, denn beide Begriffe bewegen sich auf unterschiedlichen Ebenen: *Soziale Marktwirtschaft* regelt primär das nationale System in der BRD; der von dem Politologen John Ruggie so bezeichnete *emb. lib.* regelt die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen.

in die 70er Jahre erfolgreich. Erst als im Zusammenhang mit den Ölschock 1973 und 1979/80 das Keynesianische Instrumentarium nicht mehr griff und viele westliche Volkswirtschaften in die Krise gerieten, begann ein Paradigmenwechsel in der wissenschaftlichen Theorie und in den westlichen Politiken. Auf diesen Wechsel verweist mit Nachdruck Plickert, wobei er betont, dass die Verfechter neoliberaler Konzepte nicht ohne die neoliberalen Thinktanks, vorzugsweise die Mont-Pèlerin-Society, hätten erfolgreich sein können. Dieser so wichtigen Paradigmawechsel, auf den hier später noch eingegangen wird, kommt in dem INSM-Artikel nicht vor, vermutlich weil dieser eine durchgehende Kontinuität konstruieren will.

Während also der INSM-Artikel mit der äußerst fragwürdigen Gleichsetzung von *Neoliberalismus* und *sozialer Marktwirtschaft* schließt und mit diesem harmonisches Schlussbild die begriffliche Umwertung versucht, verwendet Plickert eine argumentative Strategie der Bescheidenheit.

Die behaupteten wirtschaftspolitischen Erfolge des Neoliberalismus in den USA und Großbritannien werden nurbeiläufig erwähnt. Auch wird der gesamtgesellschaftliche Einfluss nur als „marginal“ bezeichnet. Es ist, so muss der Leser folgern, eigentlich ein Zuwenig an „neoliberaler Revolution“, und dieser Schluss wird nicht am Begriff des *Neoliberalismus* entwickelt, sondern am Bild des Leviathan. Dieses furchterregende Seeungeheuer ist auch der Titel einer staatspolitischen Schrift von Thomas Hobbes, und das Bild gehört zum Wissens-



Fig. 1:

Leviathan oder der Staat

schatz des gebildeten Lesers. Leviathan meint den machtgerigen Staat, der den Bürgern soziale Sicherheit verspricht, aber ihre Freiheit beschränkt, so sieht es Plickert.<sup>15</sup> Das Bild vom (noch) unbesiegtten Leviathan ist zu verstehen als Aufforderung zu noch mehr Markt und als Forderung nach noch weniger staatlicher „Gängelung“ und Kontrolle. Die Dichotomie von Staat und Markt, von Kontrolle und Freiheit, das sind die wesentlichen Politikfelder, um die es dem neoliberalen Protagonisten der FAZ geht. Und wenn das der Öffentlichkeit klar und einsichtig erscheint, dann braucht man den Begriff des *Neoliberalismus* nicht mehr zu retten und umzudefinieren, weil man mit dem machtgerigen Staat den richtigen Übeltäter gefunden hat. Und damit entlarvt sich die neue Bescheidenheit eines Verfechters des Neoliberalismus wie Plickert als Versteckspiel; er setzt den semantischen Kampf unter Umgehung des zentralen Begriffs fort und verlagert ihn auf ein Feld von Schlüsselbegriffen wie Markt, Staat oder Freiheit.

#### 1.4 Semantische Spielereien und Zaubertricks

Die begrifflichen Spielereien, hier exemplarisch am Beispiel der INSM behandelt,<sup>16</sup> basieren auf der Eigenart sprachlicher Zeichen: Von der Lautkette oder Buchstabenfolge, in der Linguistik auch Zeichenkörper (signifiant), genannt, ist das Bezeichnete (die Bedeutung) zu unterscheiden. Die Beziehung zwischen beiden ist konventionalisiert, aber allmählichen Veränderungen in Zeit und Raum unterworfen. Daraus folgt, dass die Übereinstimmung von Zeichenkörpern aus unterschiedlichen Zeiträumen, hier Neoliberalismus, anders als die INSM vorgibt, überhaupt nichts aussagt: Denn es kann als sicher gelten, dass beide Zeichenkörper wegen der erheblichen zeitlichen Differenz unterschiedliche Bedeutung haben werden. Voraussetzung für eine tatsächliche Bedeutungsgleichheit ist ein Vergleich auf der Ebene des Gemeinten; die Begriffe sind also miteinander zu vergleichen und die Referenten (der Bezug des Wortes auf die außersprachliche Realität) zu berücksichtigen. Ein solches Verfahren wird von der INSM nicht vorgenommen; ein simpler, aber recht wirksamer manipulativer Trick. Ein anderer Trick findet sich bei Plickert: Jedes Wort erhält seine spezifische Bedeutung und Konnotationen durch eine Reihe von Bedeutungsmerkma-

<sup>15</sup> Plickert:2008 im letzten Absatz des Artikels.

<sup>16</sup> Muehlbauer:2009. Peter Mühlbauer beschreibt die sprachlichen Tricks in seinem Artikel über den Wirtschaftsredakteur Marc Beise. Dieser Artikel zeigt außerdem, wie die Verfechter eines harten neoliberalen Sparkurses nach der Finanzkrise ihre Positionen sprachlich verschleiern.

len, von den Linguisten auch Seme genannt. Mit Hilfe von Semen lässt sich in der Linguistik die Funktionsweise von Metaphern (bildhaften Ausdrücken wie etwa «Der Löwe Achill») erklären. Man kann nun die Bedeutung eines Begriffs verändern, wenn man ihm durch sprachliche Tricks neue Bedeutungselemente (Seme) zuweist. Plickert möchte einen anschaulichen, bildhaften und abwertenden Gegenbegriff zu *Neoliberalismus* oder *neoliberalen Revolution* bilden, und letztere für sich uns seine Position positiv zu vereinnahmen. Er erreicht dies, indem er das furchterregende Bild vom Leviathan dem Begriff *Staat* zuweist und in Opposition zu *Neoliberalismus* setzt. Diese Abwertung des Staates und damit auch der Verfechter staatlicher Macht (Leviathan) soll dem Leser zwingend erscheinen, ohne dass ein einziges Sachargument vorgebracht wird. Bildhaft im Gedächtnis soll dem Leser das Schreckbild des unheilvollen Ungeheuers bleiben. Der Leser mag sich bei der Betrachtung einer traditionellen Darstellung des Leviathan von der Wirksamkeit überzeugen (S. 3).

## 1.5 Methodische Schlussfolgerungen und Ziel dieser Arbeit

Semantische Kriege sind Indikatoren für einen Kampf um Macht und Einfluss. Der Neoliberalismus als ein Komplex vorherrschender Wirtschafts- und Gesellschaftstheorien legitimiert wirtschaftliches und politisches Handeln der Funktionsebenen in Politik und Staat. Von daher ist die Deutungshoheit darüber, wie dieses Theorienbündel zu verstehen und zu bewerten sei, wichtig zur Steuerung gesellschaftlicher Entscheidungen. Denn diese müssen die aktive oder wenigstens passive Akzeptanz relevanter Bevölkerungsteile finden. Wird die Legitimation brüchig, dann gerät die Ausübung des politischen und wirtschaftlichen Tuns in Bedrängnis. Offenbar hat der Neoliberalismus Legitimationsschwierigkeiten, wie im 1. Teil an exemplarischen Arbeiten zeigen konnte. Hier setzt unsere weitere Untersuchung im Teil 1 (Tz. 2) an und versucht zunächst einmal eine Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den Staaten, die ab Mitte der 70er Jahre Objekte neoliberalen Handelns waren. Wir gehen also von der nichtsprachlichen Wirklichkeit aus und entwickeln aus ihr ein Verständnis dessen, worauf der Begriff *Neoliberalismus* abzielt. Auf diese Weise entgehen wir dem manipulativen Spiel mit Wörtern und beschreiben möglichst wertungsfrei eine gesellschaftliche Wirklichkeit. Die Verbindung zwischen Sprache und Sachverhalt erfolgt dann über eine Nominaldefinition<sup>17</sup>, die nachvollziehbar herausgearbeitet werden soll und überprüfbar ist. Begriffe vermitteln gesellschaftliche Konzepte; und um diese zu erfassen, werden wir uns im folgenden 2. Teil mit einem der bedeutendsten und in entsprechenden Kreisen gerühmten Theoretiker der Neoliberalen, Friedrich A. Hayek, näher befassen. Aus seinem gesellschaftstheoretischen Werk werden die gesellschaftstheoretischen Bausteine des Neoliberalismus freigelegt und analysiert. In Deutschland wird von neoliberaler Seite häufig die Soziale Marktwirtschaft als eine nationale Spielart des Neoliberalismus angeführt. Mit dieser These werden wir uns in Teil 3 auseinandersetzen. Hierbei gehen wir von der Feststellung des französischen Philosophen Foucault aus, dass in Deutschland 1948/49 die Etablierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung die Gründung eines Staates (Bundesrepublik) erforderlich machte. Die Gründung eines Staates mit dem Ziel, eine wirtschaftspolitische Ordnung zu fixieren, das ist historisch ein seltener Fall.<sup>18</sup> Die Abhandlung soll so abgefasst sein, dass die drei Teile auch für sich verständlich sind.

## 2 Neoliberale Politik in ausgewählten Staaten

### 2.1 Fette und magere Jahre: Periodisierungen in der Wirtschaftsgeschichte

Joseph, Sohn des Jakob, konnte, so erzählt das Alte Testament, in Ägypten zu Ruhm und Ansehen gelangen, als er den Traum des Pharaos von den fetten und mageren Kühen als Einziger zu deuten wusste. Sein Deutungsansatz geht von der ökonomischen Einsicht aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht kontinuierlich verläuft, sondern in Phasen: Auf sieben fette Jahre

<sup>17</sup> Dies folgt den Überlegungen Karl R. Poppers über Nominal- und Realdefinitionen. Das Internet enthält genügend Fundstellen, die Interessierte nachlesen können.

<sup>18</sup> Dies wird in Teil 3 dieser Abhandlung eingehender besprochen.

mit hohen Erträgen folgt ein gleich große Zahl von mageren, so die entschlüsselte Traumbotschaft. Joseph als Volkswirt kannte offenbar das Gesetz der konjunkturellen Schwankungen, und prognostizierte einen Zyklus von sieben Jahren. Nun mag man einwenden, dass seine Methode nicht hinreichend wissenschaftlich fundiert sei. Doch seine Prognosen bewahrheiteten sich, was beispielsweise die Wirtschaftsweisen in der Bundesrepublik mit ihren ausgefeilten Methoden und mathematischen Modellen wesentlich seltener erreichen. Nun soll sich dieser Aufsatz nicht mit der empirischen Belastbarkeit volkswirtschaftlicher Prognosen beschäftigen, doch das Bild von periodischen Schwankungen kann für die Darstellung der volkswirtschaftlicher Abläufe durchaus in Anspruch genommen werden. So etwa sieht der Ökonom R. Wolff Pendelbewegungen zwischen neoliberalen und wohlfahrtsstaatlichen Perioden des Kapitalismus.<sup>19</sup> Auf Perioden mit relativ geringen staatlichen Interventionen, die hier als liberal bezeichnen werden, folgen solche, in denen stärkere staatlichen Interventionen durch Steuern, Regulierungen und Kontrollen vorgenommen werden. Die Übergänge zwischen den Perioden verlaufen in der Regel krisenhaft. Es müssen besondere politische oder wirtschaftliche Ereignisse eintreten, bevor das jeweils dominierende Paradigma, das die Politik und die Wissenschaft leitet, implodiert. Jede dieser alternierenden Phasen erstreckt sich über mehrere Konjunkturzyklen hinweg. Festzuhalten ist, dass ein solcher Paradigmawechsel immer an krisenhaftes Geschehen gebunden ist, andererseits aber Krisen nicht unbedingt einen solchen Wechsel auslösen müssen. Dieses Phasenmodell liefert einen brauchbaren Beschreibungsansatz, um die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung der letzten hundert Jahre zu verdeutlichen. Ob damit auch ökonomische Gesetzmäßigkeiten erfasst sind und ein belastbarer theoretischer Ansatz entsteht, bleibt offen. Es gibt Autoren wie Wolff, die diesem periodischen Schwanken einen Antagonismus von Markt und Staat zu Grunde legen. Andere Ökonomen halten den vermuteten Gegensatz zwischen Staaten und Märkten für falsch. Wenn sich dieser Aufsatz später mit Foucaults Begriff der Gouvernamentalität beschäftigt, soll diese Frage wieder aufgegriffen werden.<sup>20</sup> Zunächst einmal wird, wie in 1.4 und 1.5 schon dargelegt, eine Beschreibung wirtschafts- und allgemeinpolitischer Maßnahmen vorgenommen, um daraus eine tragfähigen Begriff des Neoliberalismus abzuleiten. Untersuchungsgegenstand sind die USA und Großbritannien der 70er Jahre. Dieses Jahrzehnt bringt den letzten großen Paradigmawechsel im Bereich der Wirtschaft in Theorie und Praxis, und zwar beginnend mit den USA und Großbritannien und dann auch für den „Rest der Welt“.

## 2.2 Über Harveys Kleine Geschichte des Neoliberalismus

In seiner Geschichte des Neoliberalismus untersucht David Harvey die Frage, wann und unter welchen Bedingungen der Neoliberalismus sich durchsetzen konnte. Harvey steht dem Neoliberalismus selbst ablehnend gegenüber, doch das hindert ihn nicht an der Einsicht, dass Mitte der 70er Jahre die weitgehend an Keynes orientierten Formen des <embedded liberalism> sich auflösen begannen, weil sie die wirtschaftlichen und - damit verbunden - politischen Fragen nicht mehr lösen konnten.<sup>21</sup> In Deutschland entstanden in den politischen Wissenschaften zu diesem Zeitpunkt divergierende Krisentheorien. Von konservativer Seite wird die These der „Unregierbarkeit“ vertreten. Der Staat sei wegen der Ansprüche von Transferempfängern und Gewerkschaften überfordert. Es sei die Aufgabe des Staates, die Forderungen der gesellschaftlichen Gruppen zu brechen, was eine abstraktere Formulierung für Sozialabbau ist. Von linker Seite wurde eine Theorie des Spätkapitalismus aufgestellt, auf die später noch einmal eingegangen werden soll, weil sie das Verhältnis Staat und Markt in den Blick nimmt.<sup>22</sup> Harveys Untersuchung ist so angelegt, dass er die einzelnen Bereiche seiner Untersuchung - konkrete politische Maßnahmen in den angelsächsischen Ländern, Theoriediskussion, Wissenschaftsgeschichte und Kritik an dieser Theorie - nicht trennt, sondern in seiner Untersuchung verbindet. In dieser Studie wird, wie weiter

<sup>19</sup> Wolff:2009 : „Der Kapitalismus pendelte stets und überall zwischen zwei Polen.“

<sup>20</sup> Ein Gegner dieser Polarität ist Panitch:2009 in seinem Aufsatz über die „Rückkehr des Staates“. Eine weitere differenzierte Auseinandersetzung findet sich auch bei Beckert:2009. Dazu an anderer Stelle mehr.

<sup>21</sup> Harvey:2007 S. S. 18 - 22. In dieser Beurteilung sind sich Gegner wie Anhänger des Neoliberalismus wie Plickert grundsätzlich einig, vgl. die Tz. 1.3

<sup>22</sup> Beckert:2009

oben begründet, ein anderer Ansatz gewählt, indem zunächst eine Reihe konkreten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen in verschiedenen Ländern dargestellt werden. Aus den Gemeinsamkeiten soll dann das Begriffliche entwickelt werden. Dabei fokussiert sich der Blickwinkel überwiegend auf die angelsächsischen Länder.<sup>23</sup> Solange gelten Bezeichnungen wie neoliberal, Neoliberalismus u.ä. nur als vorläufige Benennungen, nicht aber als definierte Begriffe.

### 2.3 USA: New York, der Volcker-Schock 1979 und Reaganomics

Als „notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung für die neoliberale Wende“ sieht Harvey (wie auch andere) den sog. Volcker-Schock.<sup>24</sup> Der US-Zentralbankpräsident Paul Volcker führte einen grundlegenden Wandel der amerikanischen Geldpolitik herbei und brach mit den Prinzipien des Keynesianismus und des New Deal. Zentrales Ziel der Haushalts- und Geldpolitik sollte nicht mehr die Vollbeschäftigung sein, sondern die Bekämpfung der Inflation, die zu Beginn seiner Amtszeit auf etwa 14% angestiegen war. Volcker hob, kaum in seinem Amt, die Leitzinsen deutlich an, so dass diese sich im Juli 1981 bei einem Wert von etwa 20% einpendelten. Die Folge war eine tiefe Rezession Anfang der 80er Jahre, die aber einkalkuliert wurde und die in den Augen der Verursacher den Nebeneffekt hatte, die Macht der Gewerkschaften zu zerschlagen. Volcker sah in dieser Neuausrichtung der Zinspolitik die einzige Möglichkeit, die länderübergreifende Stagflationskrise des Kapitalismus zu überwinden, die Bekämpfung der Inflation war der Ansatzpunkt. Die Verschlechterung anderer volkswirtschaftlicher Daten (Wachstum, Arbeitslosenrate) wurde wie gesagt als vorübergehend akzeptiert. 1980 bestätigte Reagan als neugewählter Präsident P. Volcker in seinem Amt als Notenbankchef und nahm seinerseits den Kurzwechsel in der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Finanzpolitik vor. Die wichtigsten Instrumente dieser Politik waren Haushaltskürzungen, Deregulierungsmaßnahmen und Privatisierungen. Als Beispiel für die Deregulierungspolitik nennt Harvey die Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen, NLRB<sup>25</sup>. Diese Behörde, in den 30er Jahren entstanden, um innerbetriebliche Beziehungen zwischen Arbeitern und dem Kapital zu regeln, wurde personell in ein Instrument umgewandelt, um die Rechte der Arbeitnehmer einzuengen. Sichtbares Zeichen dieser Politik war die Aufhebung von arbeitnehmerfreundlichen Entscheidungen aus den 70er Jahren zu 40%. Als weiterer Beleg für die unternehmerbezogene Ausrichtung der Politik kann die Senkung des Höchststeuertarifs von 78 auf 28 Prozent gelten. Für den Zugriff auf das öffentliche Eigentum nennt Harvey das National Institute of Health, das in Kooperation mit Pharmakonzernen wichtige und verwertbare Forschungen finanziert hatte. 1978 erhielten die Konzerne Zugriff auf sämtliche Gewinne aus den Patentrechten. Für seine Politik hat sich das Kunstwort Reaganomics<sup>26</sup> als Bezeichnung durchgesetzt, diese hat, wie an Beispielen oben teilweise dargestellt, folgende Komponenten:

- Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer (in mehreren Schritten)
- Reduktion der Kapitalertragssteuer und anderer Unternehmenssteuern
- Deutliche Haushaltskürzungen (bes. bei sozialen Aufgaben)
- Vereinfachung des Steuersystems Ausbau der militärischen Rüstung

Harvey macht deutlich, dass ein vergleichbarer Maßnahmenkatalog schon in den 70er Jahren in New York Anwendung fand, wobei hier Präsident Nixon ein Hauptakteur war. Folgt man

<sup>23</sup> In Deutschland begann der nach außen sichtbare Siegeszug der neoliberalen Variante des Kapitalismus mit dem Zerschlagen der sozialliberalen Koalition. Mit dem „Scheidungs-papier“, das der damalige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Graf Lambsdorff im September 1982 formulierte und damit das Ende der sozialliberalen Koalition einläutete, sind wesentliche Elemente des Neoliberalismus vorformuliert. Ebenso das Thesenpapier des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht im Auftrage Helmut Kohls (Handelsblatt vom 27.8.1983).

<sup>24</sup> Harvey:2007 S. 35

<sup>25</sup> Harvey:2007 S. 68f. NLRB=National Labour Relations Board

<sup>26</sup> Reaganomics = gebildet aus „Reagan“ und „economics“. Auf der Darstellungsebene gibt es keinen nennenswerten Widerspruch zwischen Befürwortern und Gegnern der Reaganomics; unterschiedlich beurteilt werden die Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen.



der Darstellung von Harvey<sup>27</sup>, dann haben hier mächtige Investmentbanker und private Finanzinstitute das Management des New Yorker Haushalts übernommen und damit das Recht der demokratisch legitimierten Regierung der Stadt ausgehebelt. Harvey bezeichnet die Krise der Stadt New York *als das erste klassische Beispiel einer Strategie der Inflationsbekämpfung, die an eine degressive Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Macht gekoppelt ist.*<sup>28</sup>

## 2.4 Großbritannien: Thatcherismus

Wer die 80er Jahre politisch verfolgt hat, wird sicherlich erinnern, dass die Auseinandersetzung zwischen der neuen Premierministerin Margaret Thatcher und den Gewerkschaften in den Medien breit dargestellt wurde. Die britischen Gewerkschaften erschienen dem politischen Beobachter, der seine Informationen aus der Mainstream-Presse bezog, als die Verursacher der wirtschaftlichen Krise auf der Insel, unter anderem weil sie die Insel mit vielen Streiks lahmlegten.<sup>29</sup> Weniger Beachtung im Ausland fanden zunächst die weiteren Maßnahmen einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hier ist der langjährige Kampf gegen die Kommunen Sheffield, Greater London Council und Liverpool zu nennen, in dem es um die Minderung der finanziellen Zuwendungen der Zentralregierung für die Stadtverwaltungen ging, aber auch darum, Bastionen der traditionellen Arbeiterbewegung zu schleifen und „ein[en] Vorwand [zu haben], um die Arbeiter abzustrafen.“<sup>30</sup> Zum Thatcherismus gehört die Überzeugung, dass staatliche Unternehmen per se weniger leistungsfähig seien als private. So verzeichnete Großbritannien unter der Herrschaft von Thatcher eine Privatisierung in allen Wirtschaftsbereichen. Genannt seien Stahlwerke, British Airways, British Petroleum, British Telecom, die Trinkwasserversorgung in einer Reihe von Städten, auch Elektrizitätsunternehmungen. Dazu gehört auch die Privatisierung und Zerschlagung von British Rail, auch wenn hier der Ablauf komplizierter war und sich auf die NachfolgerRegierungen erstreckte. Mit den Verkaufserlösen sollten die öffentlichen Kassen gefüllt werden, diesem Ziel diente auch die Trennung von verlustbringenden staatlichen Unternehmungen. Insgesamt wurde in Großbritannien die traditionellen Industrie (etwa Stahlproduktion, Werftindustrie) vernichtet. Im Gegenzug sollte das Land sich zu einer Art Offshore-Plattform<sup>31</sup> für moderne Technologien entwickeln. Der Marktzugang wurde für ausländische Unternehmen (häufig Fernost) erleichtert, denn man konnte mit schwachen Gewerkschaften, ja mit einer zum großen Teil nicht mehr organisierten Arbeiterschaft, die niedrige Löhne akzeptierte, ausländische Investoren gewinnen. Langfristig - aber das führt auch über die Regierungszeit von Thatcher hinaus - wurde Großbritannien nicht unerheblich deindustrialisiert, gleichzeitig aber zu einem bedeutenden Finanzplatz ausgebaut. Wie R. Reagan sah M. Thatcher, besonders in der ersten Amtszeit, die Bekämpfung der Inflation als primäres Ziel ihrer Finanzpolitik an, dabei folgte sie der in Chicago entwickelten monetaristischen Denkschule, die wohl auch P. Volcker beeinflusst hat. Anzumerken ist noch, dass Thatchers Eintreten für die poll-tax, eine einkommensunabhängige Kopfsteuer, auch bei den eigenen Anhängern wenig Unterstützung fand und die unangefochtene Stellung dieser Politikerin unterminierte.

## 2.5 Reaganomics und Thatcherismus im Vergleich

Im Rahmen dieser Untersuchung konnten nur einige Elemente der Reaganomics und des Thatcherismus dargestellt werden. Aber auch schon so zeigen sich einige kennzeichnende Übereinstimmungen. Beide geben bei der Lösung ökonomischer Probleme<sup>32</sup> der Inflationsbekämpfung Vorrang, wobei die Methoden der Monetaristen der Chicagoer Schule zur Anwendung kommen. Deutlich wird auch, dass die Unternehmen auf mehrfache Weise gefördert werden sollen: Das

<sup>27</sup> Harvey:2007 S. 59-63

<sup>28</sup> Harvey:2007 S. 60

<sup>29</sup> Einzelheiten zu nennen, das würde hier den Rahmen der Darstellung sprengen. Eine kurze, aber präzise Darstellung bei Harvey:2007 S. 76f. mit der nationalen Literatur.

<sup>30</sup> Zitiert nach Harvey:2007 S. 77

<sup>31</sup> So Harvey:2007 S. 78

<sup>32</sup> Anfang der 70er Jahre kam es zu einer schweren Krise der Kapitalakkumulation, besonders in Großbritannien, aber auch in den vergleichbaren Volkswirtschaften, zur Stagflation.

geschieht beispielsweise über den Arbeitsmarkt, dessen Regeln zum Schutze der Arbeiter ausgedünnt werden. Der Konflikt mit den Gewerkschaften wird von den Regierungen mit Härte geführt, und in beiden Staaten erfolgreich durchgestanden, wobei es den Politikern gelang, die öffentliche Meinung und die Presse in ihrem Sinne zu mobilisieren. Ein weiteres Mittel sind erhebliche Steuersenkungen für Unternehmen, insgesamt soll damit der Anreiz zum Geldverdienen deutlich erhöht werden. Harvey ist zuzustimmen, dass es in diesem Jahrzehnt wohl noch kein geschlossenes Konzept für eine neue Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik gab wie dann in den 90er Jahren.<sup>33</sup> Die einzelnen Elemente wurden auf ihre Machbarkeit hin unterschiedlich stark getestet und auch den jeweiligen und teilweise ja durchaus unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten angepasst. So muss in einem Land wie Großbritannien mit seiner Tradition verstaatlichter Betriebe die Privatisierung von öffentlichem Eigentum mehr Gewichtung erhalten als in den USA, die seit ihrer Gründung eine „staatsfernere“ und individualistischere Gesellschaft sind. Das zeigt sich dann auch, ohne hier die Bedeutung des Kampfes gegen die Gewerkschaften in den USA abschwächen zu wollen, in der Bekämpfung traditionell sozialdemokratischer und korporatistischer Überzeugungen und Organisationsformen in England. Ein Slogan wie „Privat ist besser als staatlich“ muss - gerade in Europa mit seinen sozialistischen und sozialdemokratischen Traditionen - in diversen Varianten im Bewusstsein breiterer Schichten verankert werden. Auch kommt es zu politischen Lösungsansätzen, die sachlich widersprüchlich sind, aber aufgrund politischer Erfordernisse durchgeführt werden: Hier wäre die protektionistische Landwirtschaftspolitik der EU zu nennen, die nicht zu den Forderungen des Freihandels passt. In den USA sind beispielsweise die Schutzzölle für die Stahlproduktion in Ohio nicht mit der Forderung nach Freihandel und freien Märkten vereinbar.

## 2.6 Ein Blick auf weitere Staaten und den IWF

Abschließend sollen weitere Staaten und supranationale Organisationen in die Betrachtung aufgenommen werden, um die Beschreibung der konkreten Maßnahmen, den den Paradigmawechsel der 70er Jahre anzuzeigen, zu vervollständigen.

### 2.6.1 Chile

Der blutige und brutale Staatsstreich von General Pinochet am 11. September 1973, unterstützt von den USA, beseitigte die demokratisch legitimierte Regierung von Salvadore Allende und damit ein sozialistisches Reformexperiment, das in der gesamten Welt aufmerksam verfolgt wurde. Alle sozialen Bewegungen und Parteien sowie alle entsprechenden Basisorganisationen (etwa kommunale Gesundheitszentren) wurden unterdrückt und zerschlagen, politische Gegner eingesperrt, gefoltert und, wenn es den Machhabern nötig erschien, ermordet. Nach einigem Zögern berief der Diktator Pinochet ein Team von Ökonomen, die als Chicago Boys in die Geschichte eingegangen sind, weil sie Anhänger der monetaristischen Theorien von Milton Friedman (University of Chicago) waren. In Zusammenarbeit mit dem IWF wurde Chile nach den theoretischen Vorgaben umgebaut: Rücknahme aller Verstaatlichungsmaßnahmen der Allende-Regierung, Privatisierungen öffentlichen Eigentums (hier bes. Naturressourcen wie Fischbestände und Wälder), Privatisierung der Sozialversicherung, Liberalisierung des Handels und Eröffnung der Möglichkeit für ausländische Direktinvestitionen. Nur der Kupferbergbau verblieb im Staatsbesitz.<sup>34</sup> Dieses chilenische Modell war bis zur lateinamerikanischen Schuldenkrise 1982 in der Sicht der Akteure und ihrer ausländischen Gehilfen erfolgreich. Die Unterschichten in Chile und teilweise auch die Mittelklasse erlebten eine andere Realität, weil sich die sozialen Gegensätze vertieften und 85 % der Bevölkerung unter die Armutsgrenze getrieben wurde.<sup>35</sup>

<sup>33</sup> So Harvey:2007 S. 22ff.

<sup>34</sup> Harvey:2007, dem die Darstellung wesentlich folgt, macht auf eine Parallele aufmerksam: Unter Bush jr. wurde der „befreite“ Irak ähnlich umgestaltet, hier aber blieb der Ölsektor im staatlichen Eigentum.

<sup>35</sup> Chossudovsky:2002 S. 17

## 2.6.2 Variationsbreite im Staatenvergleich

Harvey untersucht unter dem Stichwort „Frontberichte“ neben den beiden oben genannten noch weitere Staaten, um die Variationsbreite der durchgeführten wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Maßnahmen zu zeigen.<sup>36</sup> Insgesamt kann er nachweisen, dass die neoliberale Wende, wie er es nennt, immer nur mit einigen Maßnahmen in den einzelnen Staaten vollzogen wurde. Die Erklärung ist recht simpel: Die Durchführung ist häufig an eine Krisensituation gebunden, und diese ist immer spezifisch, trotz einiger Gesetzmäßigkeiten. Chile dürfte das brutalste Beispiel sein, auf der anderen Seite des Spektrums dann Schweden, wie noch kurz gezeigt wird. Wenn sich die Krisensituation als regionale oder nationale Finanzkrise darstellt, dann ist es wichtig, wie abhängig der kreditsuchende Staat von dem IWF und der Weltbank ist. Die Programme und Auflagen für solche Staaten durch die internationalen Organisationen ähneln sich, aber einem schwachen Staat wird dann ein besonders drastisches Struktur Anpassungsprogramm nach den Bedürfnissen der Banken, der internationalen Organisationen und der USA aufgelegt, wie wir noch weiter unten sehen werden.

## 2.6.3 Schweden

Schweden erscheint Harvey als ein Land des „eingeschränkten Neoliberalismus“<sup>37</sup>, weil die traditionellen über Jahrzehnte gewachsenen wohlfahrtsstaatlichen Strukturen nur teilweise beseitigt werden konnten. Es bedurfte eines intensiven Einsatzes der Bewusstseinsindustrie, um die Öffentlichkeit zu einem geänderten wirtschafts- und sozialstaatlichen Denken zu bewegen. Wir werden in einem gesonderten Abschnitt auf die Rolle der Thinktanks und Propagandaorganisationen zu sprechen kommen; einen Einblick haben übrigens auch die ersten Abschnitte in dieser Studie vermittelt. Auch in Schweden bedurfte es einer Krise, und zwar einer Immobilien- und Kreditblase 1991, um den Maßnahmen durchzusetzen: Kürzung der Höchststeuersätze, Inflationsbekämpfung mit Priorität gegenüber der Vollbeschäftigung, Versuch des Abbaus staatlicher Defizite, Privatisierungsmaßnahmen, Deregulierungen im Bankensektor, also das hier schon häufiger beschriebene Maßnahmenbündel. Harvey verweist noch auf einen Aspekt, der neu ist und hier noch nicht beschrieben wurde: Zur Absicherung der Reformen setzen die Konservativen und die Unternehmer den Beitritt zur Europäischen Union durch. Dies zeigt die Bedeutung der supranationalen Organisationen und Zusammenschlüsse bei einer Neudefinition der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. In diesem Fall ist das nur zu verstehen, wenn man weiß, dass der Lissabon Vertrag für die Mitgliedsstaaten eine Wirtschafts- und Sozialordnung<sup>38</sup> festgeschrieben hat, die wesentliche Inhalte einer neoliberalen Politik enthält. Und mit dem Vertrag verzichteten die nationalen Regierungen zwangsläufig auf Steuerungsmittel im Bereich der Wirtschaft, der Finanzen und des Sozialen.

## 2.6.4 Ein Blick auf die Rolle des IWF

Ein bekannter Kritiker des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems ist Michel Chossudovsky, in Deutschland wurde er 2002 einem breiteren Publikum bekannt, als seine kritische Schrift *The Globalisation of Poverty. Impacts of IMF and World Bank Reforms* in deutscher Übersetzung erschien.<sup>39</sup> Als Wissenschaftler war er an mehreren Brennpunkten des wirtschafts- und finanzpolitischen Geschehens, 1973 beim Staatsstreich in Chile und 1990 in Peru, als der neugewählte Präsident Alberto Fujimori die „Therapie“ des Internationalen Währungs Fonds (IWF) umsetzte und das Land noch tiefer in die Krise stürzte. Weitere Erfahrungen mit den Folgen der globalen Finanzstrategie unter Führung des IWF konnte er in Afrika sammeln. Damit weist seine Biographie gewisse Parallelen mit dem Globalisierungskritiker und Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz auf, wobei dieser neben seiner wissenschaftlichen Karriere noch vielfältigere Erfahrungen

<sup>36</sup> Harvey:2007 S. 111ff.

<sup>37</sup> Harvey:2007 S. 144

<sup>38</sup> Vgl. hierzu meine Analyse des Lissabon-Vertrages: <http://www.attac-netzwerk.de/kiel/gruppen/ag-europa-von-unten/der-vertrag-von-lissabon/>

<sup>39</sup> Chossudovsky:2002

in nationalen (USA) und internationalen Ämtern sammeln konnte. Beide Wissenschaftler sind auf Grund ihrer Erfahrungen zu entschiedenen Kritikern der sog. Strukturanpassungsprogramme geworden, die der IWF über Staaten der Dritten Welt verhängt. Während, so Chossudovsky,<sup>40</sup> in den Industriestaaten die neoliberalen Rezepte zur „Stabilisierung“ der Wirtschaft aus den Ländern selbst heraus formuliert und umgesetzt wurden, haben in der Dritten Welt IWF und Weltbank recht ähnliche Programme den Staaten bei unausweichlichen Kreditvergaben aufgezungen. Der Hebel zur Legitimation der Maßnahmen ist in beiden Fällen gleich; es geht darum, mit Hilfe von marktradikalen und neoliberalen Anpassungsprogrammen die vorhandenen Verschuldungen zu bekämpfen. Harvey, der diesen Zusammenhang darstellt, verweist auf eine Formulierung von J. Stiglitz, wonach ab 1982 der IWF von keynesianischen Einflüssen gesäubert wurde und beide Institutionen von da an die neoliberalen Lehre quasi dogmatisch vertraten.<sup>41</sup> Das bedeutet in den Industriestaaten Kürzung öffentlicher Ausgaben und der Sozialprogramme, weiterhin die Deregulierung des Arbeitsmarktes mit der Folge der Abkopplung der Einkommen vom Preisindex und die Erzwingung von Lohnverzicht. Arbeitsplätze werden häufig nicht mehr besetzt, so dass bei Lohnzurückhaltung bzw. -kürzung eine Arbeitsverdichtung eintritt.

In den Ländern der Dritten Welt ist der Hebel für die Durchsetzung neoliberaler Programme in der Verschuldung zu suchen, die sich seit Beginn der 80er Jahre ständig erhöhte, als u.a. die Exporterträge aus den Entwicklungsländern dramatisch sanken. Zur Strategie von IWF und Weltbank gehört dann in der Regel die Vergabe neuer Kredite zur Umschuldung. Die typischen und zu verallgemeinernden Auflagen sollen hier nur auszugsweise benannt werden. Diese werden in einem politischen Rahmenpapier zusammengefasst und von IWF und Weltbank streng kontrolliert.

Zur kurzfristigen *wirtschaftlichen Stabilisierung* gehört die Abwertung der Währung, die Preisliberalisierung und eine strenge, auf Sparsamkeit getrimmte Haushaltspolitik. Die Forderung erheblicher Einsparungen wird von Seiten des IWF damit begründet, dass nur so eine Inflationskontrolle möglich sei und Probleme bei der Zahlungsbilanz so vermieden würden. Die Abwertung wird mit der Überbewertung des Umtauschkurses begründet. Die Auswirkungen sind schockartig, weil der Preisanstieg in dem Land hoch ist, die realen Einkommensverluste ebenfalls. Chossudovsky urteilt auf Grund seiner Erfahrungen klar und unmissverständlich, dass IWF und Weltbank die Destabilisierung der jeweiligen nationalen Währung direkt zum Ziel hätten. Zu den Auswirkungen gehören dann noch, dass Grundnahrungsmittel, Kraftstoffe und Arzneien, öffentliche Dienste deutlich steigen und für verarmte Bevölkerungsteile nicht mehr erreichbar sind. Was weiter oben für die Abkopplung der Einkommen vom Preisindex hinsichtlich der Industriestaaten gesagt wurde, gilt dann auch hier. Eine denkbare Belebung exportorientierter Betriebe bleibt dann häufig unwirksam, wenn vergleichbare Länder zeitgleich ähnlichen Programmen unterworfen sind. Weiterhin verlangt der IWF die Liberalisierung der Arbeitsmarktes, die Beseitigung von Tarifvereinbarungen und eventuellen Mindestlohngarantien. Über die Umstrukturierung der jeweiligen Zentralbank übernimmt der IWF die Kontrolle über die umlaufende Geldmenge und damit die Steuerung relevanter Teile der Finanzen und der Wirtschaft. In einer zweiten Phase, der Strukturreform, werden der Handel weitgehend liberalisiert, der Bankensektor des Landes dereguliert und Staatsunternehmen privatisiert. Es gehört zu den Dogmen dieser „Reformpolitik“, dass Zölle und Importquoten von Übel sind. Damit wird dann das Land für billige Importe geöffnet und steht als Markt anderen Staaten und Gemeinschaften wie der EU zur Verfügung. Der Import preiswerter und EU-subventionierter Nahrungsmittel kann dann, wie häufiger auch geschehen, die einheimische kleinbäuerliche Landwirtschaft und Kleinindustrie vernichten. Begründet werden diese sog. Liberalisierungen und erzwungenen Marktöffnungen mit der anzustrebenden und langfristigen Wettbewerbsfähigkeit.<sup>42</sup>

Bei der Härte dieser Maßnahmen stellt sich die Frage, ob es nicht in betroffenen Staaten zu Unruhen gekommen ist. Zur Beantwortung soll abschließend ein Blick auf Argentinien geworfen

<sup>40</sup> Chossudovsky:2002 S. 25

<sup>41</sup> Harvey:2007, vgl. die Kapitel *Der neoliberale Staat* und *Die dynamische Karte der Neoliberalisierung*.

<sup>42</sup> Hier können nur einige Grundzüge dieser Maßnahmenkataloge beschrieben werden; wer sich eingehender damit auseinandersetzen will, sei auf die Studien von Chossudovsky oder Naomi Kleins Buch *The Shock Doctrine* verwiesen.

werden. Auf die Entstehung und Entwicklung der Krise wird hier nicht eingegangen, sie ist, da Argentinien kein Entwicklungsland ist, auch anders verursacht als in afrikanischen Ländern. Entscheidend sind die Ereignisse um die Jahrtausendwende, als es bei dem Quasi-Zusammenbruch der Banken im Dezember 2001 zu Demonstrationen und Tumulten kam. 2002 hat der Präsident Eduardo Duhalde die Dollarbindung des Peso aufgehoben, was zu einer Abwertung der nationalen Währung führte. Bei den Bankeinlagen wurden aber Dollar und Peso gleich bewertet, mit der Folge, dass die Argentinier ihre Ersparnisse zu einem Drittel einbüßten. Insgesamt war das ein Transfer von 16 Milliarden Dollar (in Kaufkraft) an die Banken. Die dann folgenden sozialen Unruhen veranlassten den neu gewählten Präsidenten Kirchner, die Auflagen des IWF nicht mehr zu befolgen. In den Augen vieler Argentinier hat der IWF-Direktor Köhler, später dann Bundespräsident, keine besonders rühmliche Rolle gespielt,<sup>43</sup> um es so - leicht untertreibend - auszudrücken.

## 2.7 Der vorläufige Abschluss einer Entwicklung: Washington Konsens und Neoliberalismus

In der Fachliteratur wird häufig auf den sog. Konsens von Washington (1989/90) verwiesen, weil nach Ansicht einiger Ökonomen hier die angelsächsischen neoliberalen Standards und Regeln als 10-Punkte-Programm formuliert sind, was von anderen aber bestritten wird.<sup>44</sup> Auch der Verfasser des Washington Consensus, US-Wissenschaftler und von 1996 - 1999 Chefökonom für Asien in der Weltbank, John Williamson, möchte sich nicht als Autor eines neoliberalen Grundsatzprogramms verstanden wissen.<sup>45</sup> Gleichwohl ist dieses Programm, das sich konkret auf die karibische und lateinamerikanische Wirtschaftspolitik bezog, hilfreich, wenn es darum geht, zu einer Definition von Neoliberalismus auf der Basis der jeweils eingeleiteten Maßnahmen zu kommen. Schuldnerländer wie die betroffenen lateinamerikanischen Länder sollen nach dem Consensus 10 Strukturanpassungen vornehmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Überwindung der damals herrschenden Wirtschaftskrise in Lateinamerika. Außerdem war dieser sog. Konsens ein internes Papier, um den IWF, der wegen seines Verhaltens in der Asienkrise heftig kritisiert worden war, neu auszurichten. Es liegen übrigens verschiedene Fassungen dieses Papiers mit leichten sprachlichen Abweichungen vor, hier wird die Fassung zitiert, die O. Loistl auf der österreichischen SommerAkademie von Attac vorgetragen hat:<sup>46</sup>

1. Haushaltsdisziplin: Defizite sollten gering und sich an der Geldwertstabilität orientieren.
2. Investitionen in Erziehung, Gesundheit und öffentliche Infrastruktur haben im Rahmen der öffentlichen Ausgaben Vorrang, Subventionen sollten hingegen abgebaut werden.
3. Im Steuersystem sollte die Bemessungsgrundlage umfassend und die Grenzzraten moderat sein.
4. Zinssätze sollten marktbestimmt und in realen Werten grösser null sein.
5. Wechselkurse sollten als ein wichtiges Element einer außenorientierten Handelspolitik sich auf einem wettbewerbsorientierten Niveau bewegen.
6. Handelspolitik: Importe sollten liberalisiert sein; Importlizenzen begünstigen Korruption. Wenn notwendig sind einheitliche Zölle vorzuziehen.
7. Ausländische Direktinvestitionen werden positiv bewertet.
8. Privat geführte Unternehmen arbeiten effizienter.

<sup>43</sup> Die Darstellung folgt weitgehend Harvey:2007. Im Internet finden sich genügend Seiten, die sich mit der Rolle des ExBundespräsidenten als IWF-Chef beschäftigen. Von daher verwundert die Popularität, die H. Köhler bei der Bevölkerung genoss. Vgl. hierzu auch Weed:o.J.

<sup>44</sup> vgl. Loistl:2007 und GTN:2003. GTN = Global Trade Negotiations HP]

<sup>45</sup> Williamson:1999

<sup>46</sup> Zitiert nach Loistl:2007

9. Deregulierung soll Markteintritts- und/oder Marktaustrittsbarrieren beseitigen.
10. Vertrauen schaffende verlässliche Eigentumsrechte sind herzustellen.

Diese Liste verweist auf Politikbereiche, die auch in dieser Studie immer wieder bei der Darstellung der Maßnahmen genannt wurden. Es sind **Deregulierungen, Privatisierung und wirtschaftliche Liberalisierung**. Eigentlich ist es nur der zweite Punkt (Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur), der in unserer Studien keine Entsprechung findet. Besonders aussagekräftig sind diese Übereinstimmungen aber nicht, denn das 10 Punkte Programm ist in den Aussagen nicht eindeutig. Es werden die politischen Umsetzungen, die konkreten Auswirkungen des Washington Consensus nicht ausgeführt, sondern nur die abstrakteren Leitsätze. Vielleicht liegt darin der Grund, dass Otto Loistl in seinen Statement auf der AttacVeranstaltung zu dem Urteil kommt, die zehn Punkte würden für sich genommen „im Prinzip ganz vernünftig“ klingen. Zu einer genaueren Beurteilung kommt er dann auch erst, als er seine Beurteilungskriterien justiert: Sind die Prämissen für Entwicklungsländer realistisch? Was ist, wenn die Partnerländer sehr unterschiedliche ökonomische Entwicklungsstände haben und unter diesen Voraussetzungen Handelshindernisse abbauen? Wie wirken sich die Maßnahmen in sozialer Hinsicht aus? Zu einer kritischen Beurteilung erscheint es uns auch notwendig zu sein, die Maßnahmen zu operationalisieren: Haushaltsdisziplin mag im Sinne Loistl ein wünschenswertes Ziel sein, doch wie wird sie erreicht? Setzt man dazu das Instrumentarium des Monetarismus ein, dann gilt das, was in 2.4 über den Thatcherismus gesagt wurde; im Extremfall landen wir bei chilenischen Verhältnissen. Ein weiteres Beispiel: Privat geführte Unternehmen mögen effizient arbeiten, aber in Großbritannien etwa ging es ganz wesentlich um den Abbau der öffentlichen Daseinsfürsorge (vgl. 2.4). Wie man den Washington Consensus auch einschätzen mag, - als eigenständiges oder neoliberales Programm - , sicher ist, dass sich dieses Konzept im Wesentlichen auf zwischenstaatliche Vereinbarungen bezieht, während in dieser Studie die binnenwirtschaftlichen Verhältnisse betont wurden. Weiterhin gilt, dass sich die sehr allgemeinen Formeln in neoliberaler Weise operationalisieren lassen (s.u.), was dann ja auch geschehen ist, wie die Länder-Reporte und Kapitel 2.6.4 gezeigt haben. Wir werden diesen Abschnitt mit einem Katalog abschließen, der das zusammenfasst, was über die neoliberalen Maßnahmen in den einzelnen Länder ausgesagt wurde. Allerdings in einer ersten Stufe der Verallgemeinerung, die so angelegt ist, dass alle genannten Einzelmaßnahmen in den Länderdarstellungen (s. die Teilziffern 2.3 - 2.6.x) unter die hervorgehobenen Punkte subsumieren werden können.

1. **Privatisierung** von strategischen Unternehmen (Verkehr, Energie, Post, Telekommunikation, Banken)
2. **Privatisierung** in den Bereichen der Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Wasserversorgung, Entsorgung etc.)
3. **Flexibilisierung** des Arbeitsmarktes, das bedeutet Abbau von Schutzrechten, wie Kündigungsschutz, Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse und des Niedriglohnsektors.
4. **Abbau gewerkschaftlicher Rechte** oder **Reduzierung ihres Einflusses**
5. **Senkung der Steuern** mit einer Folge der Umverteilung durch Abschaffung der Vermögenssteuer, Minimierung oder Abschaffung der Erbschaftssteuer
6. **Abbau des öffentlichen Dienstes** und seiner Leistungsfähigkeit mit dem Ziel, diese Aufgaben möglichst weitgehend privaten Dienstleistern zu übertragen.
7. **Förderung des globalen Kaufens und Verkaufens** von Unternehmen, ermöglicht durch die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne und Deregulierung der Finanzmärkte
8. **Abbau staatlicher Regulierungen** (Ausbildungsplätze, Umweltschutz) zugunsten von sog. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft.

9. **Stärkung** der sog. **individuellen Eigenverantwortung**, was auf die Abwälzung sozialer Kosten auf den Einzelnen hinausläuft.
10. Auch die **private Gestaltung der Altersvorsorge über Angebote des Kapitalmarkts** gehört hierzu
11. **Reduzierung der sozialen Systeme** unter dem Stichwort der Haushaltskonsolidierung oder auch Eigenverantwortung
12. **Liberalisierung**: Weil internationaler Kapital- und Warenverkehr allen Beteiligten Vorteile bringt, sollen die Staaten Handelsschranken abbauen und freien Kapitalverkehr ermöglichen.

## 2.8 Zwischenergebnis

Damit haben wir unser erstes Arbeitsziel erreicht: Der Neoliberalismus ist *auf der Beschreibungsebene* konkreter wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Maßnahmen erfasst. Diesen Maßnahmen müssen politische Konzepte zugrunde liegen, die noch nicht in den Focus der Analyse genommen wurden. Politische Konzepte aber werden von bestimmten Personengruppen aus spezifischen Interessenlagen verfolgt und gegen andere Interessen durchgesetzt. Die Motive mögen dabei rationalen Kalkülen wie irrationalen Bestrebungen entspringen. Die Untersuchung solcher Motivlagen wird dann auch zu einer ideologiekritischen Analyse führen. Dieses zusammen, also Beschreibung wie Analyse der Konzepte, vervollständigt das begriffliche Feld des Neoliberalismus. Wie notwendig eine solche Ausweitung der Untersuchung ist, zeigt der anfängliche Blick auf den Kampf um die Deutungshoheit, was den Begriff „Neoliberalismus“ betrifft. Wenn von der asymmetrischen Verteilung des Wortgebrauchs gesprochen wird<sup>47</sup>, dann sind es in Deutschland gerade die Befürworter marktradikaler Lösungen, die die Verwendung Begriff „Neoliberalismus“ scheuen. Und sie beschwören die nationale Tradition einer „Sozialen Marktwirtschaft“, um diese mit dem Neoliberalismus gleichzusetzen. Dabei wird dann sehr gerne verschwiegen, dass, wie hier genauer dargestellt, die angelsächsische Variante des Neoliberalismus nach den 70er Jahren Einzug in Deutschland genommen hat.<sup>48</sup> und sich politisch durchsetzen konnte. Dies zu verschweigen ist eine klar verschleiernde Argumentation; Verschleierungen aber sind Spielarten von Ideologisierung. Wenden wir uns also in den folgenden Abschnitten diesem Thema zu und beginnen mit einem Blick auf die Klassiker des Neoliberalismus.

Abschließend sei angemerkt, dass die vorliegende Arbeit bei der Entwicklung der Definition nicht mehr die Wirtschafts- und Finanzkrise berücksichtigt, die die globalisierte Welt seit dem Frühjahr 2007 erfasst hat. Mit dieser multiblen Krise sind Wirtschaft und Finanzwelt in einen instabilen Zustand geraten. Zu Beginn der ideologiekritischen Teils werden wir auf mögliche Auswirkungen der Krise auf das System des Neoliberalismus kurz eingehen.

<sup>47</sup> vgl. den deutschen Wikipedia-Artikel „Neoliberalismus“ unter „Neuere Begriffsverwendungen“.

<sup>48</sup> Hier noch einmal der exemplarische Verweis auf die HomePage der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* und den dort publizierten Aufsatz „Wer hat Angst vor den Neoliberalen?“, von IW-Direktor Michael Hüther, offenbar ursprünglich im Handelsblatt veröffentlicht.

## Literaturverzeichnisbank

- Beckert, Jens 2009: Die Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems, [www.mpfig.de](http://www.mpfig.de). (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. MPIFG Working Papers).
- Chossudovsky, Michel 2002: Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg (Orig.ausgabe The Globalisation of Poverty. Impacts of IMF and World Bank Reforms. Übers. nach der 2. Aufl. von Andreas Simon).
- Fetscher, Iring u. Horst E. Richter [Hrsg.] 1976: Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe [Der Band enthält eine Reihe von Aufsätzen zum Thema "Sprache und Politik"].
- GTN [Hrsg.] 2003: Washington Consensus. [www.cid.harvard.edu](http://www.cid.harvard.edu). 4.2003 (Center for International Development at Harvard University).
- Harvey, David 2007: Kleine Geschichte des Neoliberalismus (Aus dem Englischen von Niels Kadritzke).
- INSM [Hrsg.] 2010: Neoliberalismus, [www.insm.de](http://www.insm.de). 15.11.2010 (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft).
- Lenk, Kurt 2009: Die Mitte. Zwischen Mythos und Leerformel. [www.dradio.de](http://www.dradio.de). 22.2.2009. [Skript zur Radiosendung].
- Loistl, Otto 2007: Washington Consensus und Globalisierung. [www.attac.at](http://www.attac.at). 14.7.2007 [Eingangsstatement Attac SommerAkademie 2007]
- Mühlbauer, Peter 2009: Unschuldige bezahlen. [www.heise.de/tp](http://www.heise.de/tp). 15.10.2009
- Panitch, Leo, 2009: «Rückkehr» des Staates. Zur Rolle der USA in der Krise. In: Candeias, Mario u. Rainer Rilling [Hrsg.] Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat. Dietz, Berlin, Texte. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 55, S. 84-95, 2009,
- Plickert, Philip 2008: Der Neoliberalismus wird siebzig. Aus der Krise geboren. [www.faz.de](http://www.faz.de). 30.0.2008 [Genaue URL auf der pdf-Datei].
- Weed [o.J]: Das Leitbild des IWF. [www.koehler-iwf.de](http://www.koehler-iwf.de). o.J. [Letzer Zugriff 22.5.2008].
- Williamson, John 1999: What should the bank think about the Washington Consensus? [www.iie.com](http://www.iie.com). July 1999
- Wolff, Richard 2009: Nach dem Neoliberalismus. Szenarien der Krisenbearbeitung und sozialistische Strategie. In: Candeias, Mario u. Rainer Rilling [Hrsg.] Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat., Dietz, Berlin, Texte. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 55, S. 106-118.